

Stand: 08.02.2026 18:35:48

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16782

"Unwetterkatastrophe am 4. Mai 2017 in Unterfranken"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/16782 vom 09.05.2017
2. Plenarprotokoll Nr. 103 vom 10.05.2017
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/17463 des HA vom 16.05.2017
4. Beschluss des Plenums 17/17615 vom 06.07.2017
5. Plenarprotokoll Nr. 107 vom 06.07.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Herbert Woerlein, Harald Güller, Susann Biedefeld, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Inge Aures, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Unwetterkatastrophe am 4. Mai 2017 in Unterfranken

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die Unwetterkatastrophe am 4. Mai 2017 in Unterfranken zeitnah und umfassend zu berichten.

Hierbei soll insbesondere auf folgende Punkte eingegangen werden:

- In welche Kategorie (Schadensintensitätsstufe) ist das Unwetterereignis in Unterfranken vom 4. Mai 2017 einzuordnen?
- Wie ist das jeweilige Unwetterereignis in den betroffenen Ortschaften einzuordnen, sofern es örtliche Unterschiede gibt?
- Wie hoch ist der durch das Unwetterereignis entstandene Gesamtschaden?
- Welche Ortschaften waren besonders betroffen und wie hoch wird in diesen Ortschaften der jeweilige Schaden eingeschätzt?
- Welche Schäden und welche Auswirkungen hat das Unwetterereignis auf die Landwirtschaft, insbesondere den Weinanbau in Unterfranken?
- Welche Rettungsdienste waren jeweils vor Ort im Einsatz und welcher Personaleinsatz erfolgte hierfür?
- Haben die eingesetzten Rettungsdienste für diesen Einsatz Anspruch auf Lohnfortzahlung nach gesetzlichen Regelungen?

2. Außerdem wird die Staatsregierung aufgefordert, schnellstmöglich ein Hilfsprogramm für die von der Unwetterkatastrophe am 4. Mai 2017 betroffenen Menschen und die geschädigten Kommunen aufzulegen und dem Landtag über die Rahmenbedingungen des Programms, den Verlauf der Antragstellung und der Auszahlung der Fördermittel schriftlich zu berichten. Insbesondere ist als Soforthilfe eine unbürokratische Unterstützung in Höhe von 1.500 Euro für die geschädigten privaten Haushalte zur Wiederbeschaffung von lebensnotwendigem Hausrat und für betroffene Unternehmen mit bis zu 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie land- und forstwirtschaftliche Betriebe je 5.000 Euro zur Wiederbeschaffung von zerstörtem Betriebsvermögen bereitzustellen.
3. Der Landtag bedankt sich bei allen Einsatzkräften, die vor Ort Hilfe geleistet haben, für ihr großes Engagement. Ebenso wird die vor Ort den Betroffenen zuteil gewordene Hilfe der vielen hauptberuflichen und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer gewürdigt, die wieder einmal die große Solidarität in unserer bayerischen Gesellschaft beispielhaft unter Beweis gestellt haben.

Begründung:

Das Starkregenereignis vom 4. Mai 2017 verursachte in Unterfranken enorme Schäden für Privathaushalte, Unternehmen und Kommunen, insbesondere an der kommunalen Infrastruktur. Vielerorts konnten größere Schäden nur durch den unermüdlichen Einsatz der Bürgerinnen und Bürger und der Rettungsdienste verhindert werden – diesem Engagement für den Schutz unserer Heimat gilt unser besonderer Dank. Vor allem in Unterfranken kam es zu erheblichen Schäden. Die hieraus entstehende finanzielle Belastung wird die Finanzkraft vieler unversicherter Privater und Unternehmen sowie Kommunen übersteigen. Um die dringendste Not schnell und unbürokratisch zu lindern, ist die Auszahlung eines Sofortgeldes vorzusehen. Kommunen können, anders als Privatpersonen und Unternehmen, keine Finanzhilfen nach der Härtefondsrichtlinie beantragen. Somit steht der Freistaat Bayern in der Pflicht, die vielen betroffenen Kommunen schnell und unbürokratisch zu unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Erstens. Ich kann die Entrüstung durchaus verstehen, zum einen deshalb, weil einfach bei vielen der Begriff Pflanzenschutzmittel automatisch mit Pestiziden gleichgesetzt wird und weil sie beides fachlich nicht differenzieren können. Ich habe versucht, beides zu differenzieren. Diejenigen, die es noch nicht wissen, können es nachlesen.

Zweitens. Ich habe auch dargestellt, welche Auswirkungen das auf die Flächen, die dann zur Verfügung stehen würden, hätte. Sie zeigen sich, wenn man es herunterrechnet. Die Zahlen, die ich genannt habe, wird, denke ich, auch der Minister belegen können. Sie alle sind nämlich veröffentlicht. Ich habe keine Zahlen genannt, die nicht veröffentlicht sind. Ich gehe davon aus, dass veröffentlichte Zahlen auch stimmen, sonst hätte sie irgendjemand widerrufen.

Zum Dritten muss man ganz einfach sagen: Der Antrag, den ihr gestellt habt, ist von der Idee her richtig. Darum habe ich gesagt, der Kerntext des Antrags an sich wäre zustimmungsfähig. Das trifft aber nicht für die Beschreibung und den Titel zu, die den Antrag konterkarieren. Schade, dass ihr nicht in der Lage seid, Anträge vernünftig zu formulieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir jetzt nicht mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Zuerst lasse ich über den Antrag der CSU-Fraktion in einfacher Form abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/16798 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte. – Die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Enthaltungen? – Eine Enthaltung bei der SPD-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Nun lasse ich, wie bereits zu Beginn der Beratung angekündigt, über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/16777 in namentlicher Form abstimmen. Die Urnen stehen bereit. Wir geben Ihnen fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 18.25 bis 18.30 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Zeit für die Stimmabgabe ist um. Ich schließe die Abstimmung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte kurz um Aufmerksamkeit. Ich schließe die Sitzung jetzt noch nicht, weil wir noch Ergebnisse verkünden müssen. Aber nach Rücksprache mit den Fraktionen sind wir über eingekommen, dass es schon für den nächsten Antrag mit dem vereinbarten Sitzungsende 19.00 Uhr eng wird. Das heißt, wir rufen jetzt keinen Antrag mehr auf. Wenn die Ergebnisse der beiden Abstimmungen – eines liegt schon bei mir – verkündet sind, schließe ich die Sitzung für heute Abend.

(Erwin Huber (CSU): Danke, Herr Präsident!)

Ich gebe jetzt das Ergebnis einer namentlichen Abstimmung bekannt. Da ging es um den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Klarheit schaffen, Freistaat muss in der Verantwortung bleiben! – Unterbringung anerkannter Flüchtlinge nicht einfach auf Kommunen abwälzen!" auf Drucksache 17/16776. Mit Ja haben 66 gestimmt, mit Nein haben 73 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Zur namentlichen Abstimmung von soeben, zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Ökologische Vorrangflächen ohne Pflanzengifte bewirtschaften" auf Drucksache 17/16777: Mit Ja haben 43 gestimmt, mit Nein haben 83 gestimmt, und es gab 2 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/16778 mit 17/16784 und 17/16799 mit 17/16803 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf damit die Sitzung beenden. Ich bedanke mich für die Mitarbeit und wünsche einen schönen Abend. Ich schließe die Sitzung.

(Schluss: 18.36 Uhr)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD)
Drs. 17/16782**

Unwetterkatastrophe am 4. Mai 2017 in Unterfranken

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass Nr. 2 folgende Fassung erhält:

„Die Staatsregierung wird gebeten, den von der Umweltkatastrophe am 4. Mai 2017 betroffenen Menschen und den geschädigten Kommunen auf Grundlage des im Jahr 2016 eingeführten abgestuften Hilfsprogramms schnell und unbürokratisch staatliche Unterstützung zuteilwerden zu lassen und dem Landtag über die Rahmenbedingungen des Programms, den Verlauf der Antragstellung und der Auszahlung der Fördermittel schriftlich zu berichten.“

Berichterstatter: **Harald Güller**
Mitberichterstatter: **Hans Herold**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 155. Sitzung am 16. Mai 2017 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Herbert Woerlein, Harald Güller, Susann Biedefeld, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Inge Aures, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild und Fraktion (SPD)**

Drs. 17/16782, 17/17463

Unwetterkatastrophe am 04.05.2017 in Unterfranken

1. Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die Unwetterkatastrophe am 04.05.2017 in Unterfranken zeitnah und umfassend zu berichten.

Hierbei soll insbesondere auf folgende Punkte eingegangen werden:

- In welche Kategorie (Schadensintensitätsstufe) ist das Unwetterereignis in Unterfranken vom 04.05.2017 einzuordnen?
- Wie ist das jeweilige Unwetterereignis in den betroffenen Ortschaften einzuordnen, sofern es örtliche Unterschiede gibt?

- Wie hoch ist der durch das Unwetterereignis entstandene Gesamtschaden?
- Welche Ortschaften waren besonders betroffen und wie hoch wird in diesen Ortschaften der jeweilige Schaden eingeschätzt?
- Welche Schäden und welche Auswirkungen hat das Unwetterereignis auf die Landwirtschaft, insbesondere den Weinbau in Unterfranken?
- Welche Rettungsdienste waren jeweils vor Ort im Einsatz und welcher Personaleinsatz erfolgte hierfür?
- Haben die eingesetzten Rettungsdienste für diesen Einsatz Anspruch auf Lohnfortzahlung nach gesetzlichen Regelungen?

2. Die Staatsregierung wird gebeten, den von der Umweltkatastrophe am 04.05.2017 betroffenen Menschen und den geschädigten Kommunen auf Grundlage des im Jahr 2016 eingeführten abgestuften Hilfsprogramms schnell und unbürokratisch staatliche Unterstützung zuteilwerden zu lassen und dem Landtag über die Rahmenbedingungen des Programms, den Verlauf der Antragstellung und der Auszahlung der Fördermittel schriftlich zu berichten.
3. Der Landtag bedankt sich bei allen Einsatzkräften, die vor Ort Hilfe geleistet haben, für ihr großes Engagement. Ebenso wird die vor Ort den Betroffenen zuteil gewordene Hilfe der vielen hauptberuflichen und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer gewürdigt, die wieder einmal die große Solidarität in unserer bayerischen Gesellschaft beispielhaft unter Beweis gestellt haben.

Die Präsidentin
I.V.

Reinhold Bocklet
I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s.

Anlage 1)

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner Sitzung am Dienstag die unter der Nummer 6 aufgeführte Subsidiaritätsangelegenheit, Bundesratsdrucksache 400/17, betreffend: "Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Bedingungen und des Verfahrens für Auskunftsersuchen der Kommission an Unternehmen und Unternehmensvereinigungen in Bezug auf den Binnenmarkt und damit verbundene Bereiche", beraten und empfohlen hat, die Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrat auf Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen und ferner darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden. Es sind dies die Drucksache 17/17484 sowie die Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/17536. Die Beratung im Bundesrat ist für den morgigen Freitag vorgesehen. Die Beschlussempfehlung und das Abstimmungsverhalten der Fraktionen hierzu sind in der aufgelegten Liste aufgeführt.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CSU, SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Frau Claudia Stamm.

Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank:
Saubere Energie für alle Europäer
COM (2016) 860 final
BR-Drs. 738/16
Drs. 17/16271, 17/17300 (G) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO

Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank:
Schnellere Innovation im Bereich der sauberen Energie
COM (2016) 763 final
BR-Drs. 811/16
Drs. 17/16272, 17/17301 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Forschung und Technologie:
Öffentliche Konsultation der Anspruchsgruppen – Bewertung von Öffentlich-
öffentliche Partnerschaften (Art. 185 Initiativen) im Rahmen der
Zwischenbewertung von Horizont 2020
27.01.2017 – 30.04.2017
Drs. 17/16273, 17/17473 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Verkehr:
Änderung der Richtlinie über den kombinierten Verkehr
23.01.2017 – 23.04.2017
Drs. 17/16274, 17/17302 (E) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend:
Öffentliche Konsultation zu Erasmus und Vorgängerprogrammen
28.02.2017 – 31.05.2017
Drs. 17/16310, 17/17474 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Subsidiaritätsangelegenheit

Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Alex Dorow,

Dr. Martin Huber u.a. CSU,

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und

Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Bedingungen und des Verfahrens für Auskunftsersuchen der Kommission an Unternehmen und Unternehmensvereinigungen in Bezug auf den Binnenmarkt und damit verbundene Bereiche, COM (2017) 257 final;

BR-Drs. 400/17

Drs. 17/17484, 17/17536 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

Verfassungsstreitigkeit

7. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 2. Juni 2017

(Vf. 8-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 57 a des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl. S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-K), das zuletzt durch Gesetz vom 13. Dezember 2016 (GVBl. S. 335) geändert worden ist, in Verbindung mit den Richtlinien für Funktionen von Lehrkräften an staatlichen beruflichen Schulen (KMS vom 30. Mai 2016 – VI.7 – B P9010.1-7b.50387 – FubSch)

PII/G1310.17-0007

Drs. 17/17396 (E)

I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.

II. Der Antrag ist unbegründet.

III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete
Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

Anträge

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kleine Brauereien unterstützen – Vielfalt des bayerischen Biers erhalten
Drs. 17/13533, 17/17460 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Missbrauch von K.-o.-Tropfen verhindern
Drs. 17/15262, 17/17493 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Hans Ritt, Josef Zellmeier, Walter Nussel u.a. CSU
Die neuen Grenzwerte der TA Luft gefährden Holzheizkraftwerke
und übersteigen zugleich das technisch Mögliche
Drs. 17/15731, 17/17423 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Waldmann u.a. SPD
Außenwerbeverbot für Tabakwaren
Drs. 17/16165, 17/17414 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Bericht zur Arbeitsbelastung von Pflegekräften in Krankenhäusern
Drs. 17/16178, 17/17494 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Energiewende ist Klimaschutz: Die richtigen Rahmenbedingungen
für Mieterstrommodelle jetzt einführen
Drs. 17/16319, 17/17468 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Leistungsgerechte und faire Managergehälter – Exzesse vermeiden
Drs. 17/16321, 17/17470 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wirkungsvolle Förderung von Mieterstromprojekten auf den Weg bringen
Drs. 17/16343, 17/17469 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Bernhard Seidenath, Dr. Ute Eiling-Hüting u.a. CSU
Erfahrungen mit der Wohnsitzregelung
Drs. 17/16409, 17/17256 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Karl Freller, Alex Dorow u.a. CSU
Schnelle Klarheit über das Verhältnis zum Vereinigten Königreich
nach dem Brexit
Drs. 17/16505, 17/17465 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller,
Susann Biedefeld u.a. SPD
Baumaßnahmen in der Justizvollzugsanstalt München-Stadelheim
Drs. 17/16613, 17/17461 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Herbert Woerlein, Florian von Brunn,
Klaus Adelt u.a. SPD
Verbot des Handels und des Besitzes illegaler Tierfallen
Drs. 17/16615, 17/17416 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zeitliche Mindesterreichbarkeit im Krankenhausplan des Freistaates Bayern berücksichtigen
Drs. 17/16620, 17/17496 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. SPD
Unterstützungsangebote für junge Pflegende und junge Pflegebedürftige stärken
Drs. 17/16654, 17/17497 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kein Verpackungsgesetz zu Lasten der Kommunen und der Umwelt
Drs. 17/16668, 17/17248 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ombudsstelle für Umwelterkrankte einrichten
Drs. 17/16670, 17/17498 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bayerische Projekte in der Donauraumstrategie der EU-Kommission
Drs. 17/16672, 17/17418 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Konkrete Pläne zur Sicherung der Geburtshilfe durch Hebammen in Bayern vorlegen
Drs. 17/16781, 17/17499 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn u.a. und Fraktion (SPD) Unwetterkatastrophe am 4. Mai 2017 in Unterfranken
Drs. 17/16782, 17/17463 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Unwetter am Untermain: Schnelle und unbürokratische Hilfe für Betroffene
Drs. 17/16802, 17/17462 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD Kinderärztliche Versorgung in Stadt und Land sicherstellen
Drs. 17/16810, 17/17500 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Personaleinsatz in Pflegeheimen bei Bedarf flexibler regeln
Drs. 17/16830, 17/17501 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr hebammengeleitete Kreißsäle in Bayerns Krankenhäusern
Drs. 17/16834, 17/17502 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Martin Güll, Kathi Petersen u.a. SPD
Evaluation der Sprachförderung an bayerischen Schulen
Drs. 17/16912, 17/17428

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären.

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Beweislastumkehr bei Umwelterkrankungen
Drs. 17/17176, 17/17263 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären.